21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 21(17)40
vom 11. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte

Cathryn Clüver Ashbrook
Senior Advisor, Bertelsmann Stiftung

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Thema

Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, 11. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

Cathryn Clüver Ashbrook
Senior Advisor, Bertelsmann Stiftung
Werderscher Markt 6
10117 Berlin
Cathryn.Cluever.Ashbrook@bertelsmann-stiftung.de

1. In den USA unter der Administration von Präsident Donald Trump erleben wir einen Wandel des Selbstverständnisses weg von einer die ganze Nation einschließenden hin zu exklusiven Narrativen, die politisch polarisieren und gesellschaftliche Gruppen instrumentalisieren. Wer profitiert am meisten von dieser neuen Erzählung und wer wird dadurch systematisch ausgeschlossen? Welche Gegenstrategien gibt es dazu, die auch in Deutschland und Europa umgesetzt werden sollten?

   Die Instrumentalisierung der amerikanischen Geschichte und der Gründungsdokumente für die moralisch-juristische Auslegung politischer Absichten und deren Umsetzung ist nicht neu: Die Umdeutung des Bürgerkriegsendes 1865 in Appotomax wurde jahrzehntelang ausgeschlachtet um die politische Unterdrückung afro-amerikanischer Wähler gerade in den Südstaaten zu begründen; Richard Nixon reklamierte im Watergate-Fall eine präsidentielle Immunität, die (noch) nicht juristisch existierte und gab zu Protokoll, dass man als Präsident Gesetze gar nicht brechen könne, weil diese für ebendiesen nicht gälten; Ronald Reagan ignorierte bestehende Sanktions-Regeln in der Iran-Kontra Affäre und argumentierte, der Kongress könne ihn nicht kontrollieren oder beschränken, und bediente sich zur Begründung einer besonderen juristischen Debatte um die amerikanische Verfassung, die das Wort „übertragen," im zweiten Verfassungsartikel der USA als absolutes Recht auslegt („unitary executive theory").[1]

   Die Verfassung selbst, so die Juristen der Reagan Regierung, intendiere nicht strukturell gleiche, sich gegenseitig kontrollierende Institutionen, sondern eine Erhöhung der Präsidentschaft durch diesen vermeintlichen Rechtsübertrag (*prae sidere*). [2] Letztere Aussagen widersprachen schon damals den Intentionen des Verfassungsvaters Thomas Paine, der 1776 über die neue Republik schrieb: „In Amerika ist das Gesetz König. Denn so wie in absolutistischen Regierungssystemen der König das Gesetz ist, so muss in freien Ländern das Gesetz König sein – und es darf keinen anderen geben."[3]

   Die Vordenker der zweiten Trump Amtszeit hatten und haben weiter zum Ziel, die Grundfesten der amerikanischen Verfassungsgeschichte herauszufordern, die Machtverhältnisse im Land zu Gunsten der Exekutive zu verschieben und zu festigen – und diese Veränderungen durch eine Neuauslegung der amerikanischen Geschichte zu verdichten, um dem Umbau einen Anschein der moralischen Legitimierung zu verleihen.[4]

   Die Mehrheitslogik für die Ermächtigung dieses Handelns ziehen sie in dieser Amtszeit indes kontra-intuitiv gerade aus der historisch-diversen Wählerkoalition von 2024, bei der die Ansprache heterodoxer Gruppen (Latinos, Afro-Amerikaner, weiße Wähler ohne College-Abschluss) in einem zwei-Parteien System trotz rassistischer Entgleisungen im Wahlkampf (*„they are eating the dogs, they are eating the cats*") in der Mehrheit durch wirtschaftspopulistische Themen dem Präsidenten vor zwei Jahren ihre Stimme gaben.

---

[1] Cox Richardson, Heather (2026). "Letters from an American," 8. November 2026.
[2] Walsh, Lawrence E. (1993). "Final Report of the Independent Counsel for Iran/Contra Matters," vol. 1: Investigations and Prosecutions, 4. August 1993.
[3] Paine, Thomas (1776). *Common Sense; Addressed to the Inhabitants of America* (Philadelphia: R. Bell, 1776)
[4] Schertzer, Robert und Eric Taylor Woods, *The New Nationalism in America and Beyond* (Oxford University Press, 2022); und op. cit. "#Nationalism: the ethno-nationalist populism of Donald Trump's Twitter communication." In *Ethnic and Racial Studies*, *44*(7), 1154–1173. https://doi.org/10.1080/01419870.2020.1713390

Eine diverse, bunte Wählerkoalition gab ihm dadurch die demokratische Vorlage, historische Schwächen der amerikanischen Verfassung auszunutzen und diese in ihrer Funktion neu zu interpretieren. Selbst Prinzipien, die auf die Magna Charta zurückgehen, wie die *habeas corpus* Verpflichtung einem Angeklagten ein gerechtes Verfahren zu ermöglichen, schwächt der Präsident in der praktischen Umsetzung der Deportationspolitik.

Die Immunitäts-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nahm er als Animation diesen Umbau zu beschleunigen. Die Gewohnheitsrechte, die seit Watergate die Unabhängigkeit des Justizministeriums und Institutionen wie der Medienaufsicht und der Finanzaufsicht umschreiben, schiebt er beiseite, politisiert sie umgehend. Teile des Gründungsnarrativs der Vereinigten Staaten lässt er zum 250. Geburtstag ganz umschreiben: In der offiziellen Ausstellung wird die vollständige Biographie der Verfassungsväter, mehrheitlich Sklavenhalter, nicht erwähnt. Im Angang des Smithsonian Museumsnetzwerks und des Nationalpark-Systems lässt er Exponate entfernen, die besonders die Leistungen und Errungenschaften von Minderheiten darstellen.

In der ersten Amtszeit motivierte Präsident Trump besonders stark unter weißen Nichtwählern ohne Universitätsabschluss, unter Evangelikalen und unter ländlichen Wählern, denen er sowohl im Wahlkampf aber auch in der Regierungszeit über eine ethno-national verdichtete und kriminelle Vergehen verharmlosendes Vorgehen *(„good people on both sides“* – zum Anti-Semitischen Fackelmarsch in Charlottesville, bei dem eine Person starb*; „stand back and stand by“* zu den radikalen Proud Boys; Begnadigung der 1.600 Straftäter des 6. Januar 2021)[5] immer wieder suggerierte *(„dog whistling“),* dass die Zukunft Amerikas weiß, statt demographisch divers sei.[6]

Stellvertretend für eine große Gruppe der Analysten der ethno-nationalen Überzeugung des Präsidenten, sein hier die Politologen Schertzer und Wood zitiert, die in ihrer Analyse von über 5.000 Tweets aus der ersten Amtszeit haben nachweisen können, dass aus der Intention die Kooptierung der Regierungsmacht der Exekutive das mittelfristige Ziel formuliert wurde, mit „Mythen und Symbolen eines ethnischen Verständnisses amerikanischer Identität auf(zu)bau(t)en“ und das wechselseitig als Begründung für ein strukturiertes Vorgehen gegen Minderheiten zu nutzen.

Einer tugendhaften weißen Mehrheit stehen „mehrere Gruppen unmoralischer Außenseiter,“ als Bedrohung gegenüber, welche über ihre „Fremdheit, ihre Religion und ihren Eigennutz definiert wurden.“ Den Kampf gegen diese Gruppen stellte Trump schon in der ersten Amtszeit als Mission da und begründet somit die Rückführung in das mythische, goldene Zeitalter („Make America Great Again“) genauso wie die schärfer-formulierte Ambition dem *„great Replacement,“*der Verschwörungstheorie, Fremde würden importiert, um Weiße auszulöschen, eine radikal-umfassende Abschiebepolitik als Gegenwehr entgegenzusetzen.

Den Gedanken einer historischen Mission nimmt auch die Heritage Foundation, der rechtskonservative Think Tank, in der Vorbereitung für eine zweite Amtszeit Donald Trumps auf, und ermöglicht durch den strukturellen Umbauplan des „Mandates for Leadership,“ und der gründli-

[5] Pew Research, (2018), “An examination of the 2016 electorate, based on validated voters,” 9. August 2018. https://www.pewresearch.org/?p=47848.
[6] Kaufmann, Eric. (2019) "White Identity and Ethno-Traditional Nationalism in Trump’s America" *The Forum*, vol. 17, no. 3, 2019, pp. 385-402. https://doi.org/10.1515/for-2019-0026

chen Vorbereitung von hunderten Präsidentschaftsdekreten den sofortigen Beginn der „2. Amerikanischen Revolution," (Kevin Roberts, Vorstandsvorsitzender, Heritage Foundation).[7] Diese bemüht die Verfassungsauslegung der „unitary executive theory," (der einheitlichen Exekutive) und schafft bereits im Februar über Executive Order 14215 (EO), „Ensuring Accountability for All Agencies" („Sicherstellung der Rechenschaftspflicht aller Behörden") eine neue Kontrollstruktur des Präsidenten über alle Institutionen der Exekutive.

Die EO hält entlang fest, dass die Verfassung die gesamte Exekutivgewalt dem Präsidenten überträgt und ihn mit der getreuen Ausführung der Gesetze betraut, und beanstandet, dass frühere Regierungen sogenannten „unabhängigen Regulierungsbehörden" erlaubt hätten, mit nur minimaler Aufsicht durch den Präsidenten zu agieren. Davon ausgehend erklärt sie es zur Leitlinie, die Aufsicht und Kontrolle des Präsidenten über die gesamte Exekutive sicherzustellen. Kurzum: der Präsident kann nun jede Bundesbehörde für die Durchsetzung seiner Interessen und seiner Definition von „Gerechtigkeit," durchsetzen.

Im 250. Jahr der amerikanischen Demokratie, interpretiert ein Präsident, der über eine diverse Wählerkoalition erst ins Amt kam, die Verfassung und die Gründungsgeschichte so um, dass sie die universalistisch-staatsbürgerliche Sprache der Verfassung und insbesondere die Verfassungszusätze der Reconstruction-Ära negieren, und in der Praxis ein ethnisches Verständnis amerikanischer Zugehörigkeit promulgieren. Mehr noch, er nutzt in der Folge diese Macht, um Kernteile dieser Wählerkoalition strukturell gegenüber weißen Amerikanern zu benachteiligen (unter dem rhetorischen Deckmantel der vermeintlich-eigentlichen Gleichstellung, bzw. der „Rückkorrektur" der diskriminierenden „affirmative action,"-Politik aller moderner Vorgängerregierungen) und ihnen aktiv Rechte abzusprechen.

Im Juli 2025 hält Vizepräsident J.D. Vance im Kontext des Unabhängigkeitstags eine vielbeachtete Rede in der er die „Neudefinition der amerikanischen Staatsbürgerschaft für das 21. Jahrhundert sei eine der dringlichsten Aufgaben für Staatsmänner," beschreibt und beschreibt einen ethnonationalen darauf, in dem er sagt „dass die Menschen, deren Vorfahren im Bürgerkrieg gekämpft haben, verdammt noch mal (*sic*) einen viel größeren Anspruch auf Amerika haben als die Leute, die behaupten, sie gehörten nicht dazu." Die Rede ist eine deutliche Abkehr von der universalistischen Sprache der Verfassung selbst, vor allem aber auch von der historischen Auslegung durch die eigene Partei: Präsident Reagan hatte in seiner letzten Rede gerade von der Einzigartigkeit des inklusiven Anspruchs des Staatsbürgerschaftsrechts gesprochen, dass die USA in ihrer modernen Ausprägung einzigartig machen.[8]

Ausgangspunkt für die Rede ist auch das Dekret EO 14253 („Restoring Truth and Sanity to American History") vom 27. März 2025. Darin heißt es, eine revisionistische Bewegung wolle die Errungenschaften der USA untergraben. Die Smithsonian Institution stehe unter dem Einfluss einer spaltenden, auf „Rasse"-zentrierten Ideologie. Gerade im Angriff auf die Museen und Kulturinstitutionen des Smithsonian und der Universitäten zeigt sich eine von der MAGA-Bewegung oft genutzte Taktik: DARVO - **D**eny, **A**ttack, and **R**everse **V**ictim and **O**ffender.

[7] Barber, Rachel (2024). "Project 2025 head says 'second American Revolution' will be 'bloodless if the left allows,'" USA Today, 5. Juli 2024. a
[8] Reagan, Ronald (1989). "Farewell Address to the Nation"

Strategen der Bewegung und Trump selbst gebrauchen die Sprache der Menschenrechte, werfen Institutionen und Individuen Diskriminierung vor (in diesem Fall gegen weiße Männer, die den Kern ihrer „entrechteten" Bewegung stellen) und drehen dann Opfer und Täter um.

Das Dekret greift ausdrücklich das National Museum of African American History and Culture an, und fordert in der Umsetzung die Überprüfung von Gedenktafeln in Nationalparks, in denen die Geschichte der Sklaverei, die Internierung japanisch-stämmiger Bürger, oder die Errungenschaften Afro-Amerikanischer Bürger abgebildet und erklärt werden.

Die Regierung widmet über politische Entscheidungen auch ganz Ministerialfunktionen um: Das Bundesbildungsministerium, formell und gesetzlich von der Lehrplangestaltung im Land ausgeschlossen agiert im Herbst 2025 als Schirmherr für die „America 250 Civics Education Coalition," ein von der Heritage Foundation und Turning Point Education neu entwickeltes (hochfinanziertes) Lehrprogramm, das „patriotische," Inhalte im Land verbreiten soll, und im Jubiläumsjahr die Geschichte der USA bereits in der Grundschule neu zu interpretieren.[9]

Diese Initiativen schließen an Programme der ersten Amtszeit an, „Ethnie-basierte Indoktrination," zu beenden. Gepaart mit der seit 2023 beschleunigten und in der Fläche organisierten versuchen Zensur von Büchern zu Minderheitsrechten in Schul- und Gemeindebibliotheken (die amerikanische PEN zählte allein in einem Jahr 10.000 Vorfälle), wird die Intention deutlich. Seit Beginn der zweiten Amtszeit bis Januar 2006 hatte allein das Pentagon 596 Bücher aus den Schulbibliotheken der Ministeriumsabhängigen Schulen in Deutschland, Japan und Südkorea entfernt, darunter das „Tagebuch der Anne Frank," oder *„How to be an Anti-Racist,"* von Ibrahim X. Kendi.

In der zweiten Amtszeit setzt die Trump Regierung durch den Machtzuwachs in der Exekutive, die Ermöglichung der Deportationspolitik durch Kongress und Gerichte, und die gleichzeitige Neuinterpretation der eigenen Geschichte sowohl direkt als auch indirekt einen exkludierenden Narrativ um. Weiterhin beabsichtigt sie gerade durch den nicht-rechtmäßigen, versuchten Eingriff in Schul- und Bildungspolitik, in juristischem Vorgehen gegen (private) Universitäten (Visumspolitik, Lehrpläne, politischer Diskurs auf dem Campus), und in der Umstrukturierung der amerikanischen Streitkräfte zwei gesellschafts-formende, inkludierend wirkende Institutionsstränge zu verändern. Gelänge dieser Umbau (nach den Zwischenwahlen 2026 fraglich) könnte die Resonanz der ethno-national-exkludierenden Logik in der amerikanischen Gesellschaftsstruktur von längerer Wirkung sein.

Selbst dort, wo die Regierung vermeintlich versucht, *gegen* Diskriminierung vorzugehen, z.B. in den Auflagen für Universitäten gegen Anti-Semitismus, oder eine Streichung von Fördergeldern hinzunehmen, werden oft erweiterte, politische oder ideologische Ambitionen deutlich, die einen Vorwand verdeutlichen, der aber in der Praxis einschränkende Wirkung auf grundsätzliche Freiheiten hat. Gerade im Fall der Harvard University, der ältesten Privatuni der USA, die über Monate von der Trump-Regierung mit unterschiedlichen Begründungen drangsaliert und in der Ausübung von Forschung und Lehre behindert wurde macht ein Briefwechsel der Regierung mit Hochschul-Präsident Garber deutlich, dass die Sorge um das Wohlergehen jüdischer Studenten ein Vorwand sind um Zugriff auf Lehrpläne, Studentenzahlen und Anmeldungsbeschränkungen

[9] Carrillo, Sequoia (2025). "U.S. Education Dept. unites conservative groups to create 'patriotic' civics content," National Public Radio, 18. September 2025.

(besonders auch für Frauen), zu bekommen. Ziel: Beschränkung der „liberalen Lehre," und damit grundsätzlicher Freiheiten einer Bildungsinstitution in privater Hand.[10]

Auch die versuchten und zum Teil realisierten Veränderungen am Wahlrecht (SAVE Act) und an der Repräsentationsstruktur (Wahlkreiszuschnitt/Gerrymandering) zeugen von den wahren Intentionen der Regierung Trump: In der Fläche durchgesetzt hätte der SAVE Act das Wahlrecht von bis zu 69 Millionen Frauen gefährden können, während die Wahlkreiszuschnitte in Bundesstaaten wie Texas die numerische Repräsentanz von ethnischen Minderheiten im Vergleich zu weißen Wählern zu reduzieren: den Wert einer Latino-Stimme auf ein Drittel eines weißen Texaners, die Stimme eines Afro-Amerikaners auf ein Fünftel.[11] Allein die historisch-hohe Wahlbeteiligung der Midterms hat diese Effekte für den Moment ausgleichen können.[12]

Im Zusammenspiel der Abschaffung von „diversity, equity und inclusion,"-Programmen in staatlichen Behörden und Institutionen, in der Durchsetzung der Deportationspolitik, mit verkürzten oder ausgesetzten Rechtsverfahren (und Zugeständnissen der Deportation in Drittländer), im direkten Angriff auf Museen, Schulen, und Einrichtungen des öffentlichen Lebens, sowie im Abbau der Entwicklungshilfebehörde USAID (die „anderen" im „Ausland") zeigt sich die Intention der Regierung, auch wenn sie – wie bei der versuchten Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts aus dem 14. Verfassungszusatz – am Obersten Gerichtshof scheitert. Amerika soll im Kern eine ethno-national, isolationistisch-patriotisch und klassische Geschlechterrollenteilung darstellen, die es in der eigentlichen Geschichte der USA in Summe nie gegeben hat.

Die MAGA-Strategen, darunter Stephen Miller und Russell Vought, Chef der bürokratischen Struktur der Exekutive, eint das Ansinnen die Reinterpretation der Geschichte zur Durchsetzung ideologischer Ziele seit Beginn war. Sie sind bereits weitgekommen. Über 60% der Umbaupläne des „Project 2025," für die Zersetzung der Kontrollkapazitäten innerhalb der Exekutive und der Wirkung der „checks and balances," auf die Exekutive sind bereits erreicht. Mit der Ernennung von Stephen Miller als Stabschefs im Weißen Haus erhoffen sich die Hardliner durch die gezielte Nutzung von Überwachungstechnologie, und den erweiterten Zugang und die bessere Verknüpfung von Personen-Daten innerhalb des Staatsapparats eine Beschleunigung der möglichen individuellen Verfolgung einzelner auf der Basis bestimmter Marker: Die Biographin von Stephen Miller, Jean Guerrero, warnt eindringlich davor, dass Miller als Teil der erweiterten Deportation juristisch gegen amerikanische Zivilisten vorgehen will, die organisierten Widerstand gegen ICE zum Schutz ihrer Nachbarn leisten.[13]

[10] Schmidt, Michael S. und Alan Blinder and Michael C. Bender (2025). „In Private Letters, Harvard and Trump Administration Escalate Duel," The New York Times, 24. Dezember 2025.
[11] Center for American Progress (2025). "The SAVE Act: The Bill That Could Block Millions of Americans From Voting - Center for American Progress, 25. März 2025.
[12] Perez, Vincent. (2025). Texas's New Map Is Racial Division by Another Name, Time Magazine, 20. August 2025.
[13] Maher, Katie (2026). „Stephen Miller's Biographer Has A Dark Prediction For What The 'Sadist' Could Do In His New Role," Huffington Post, 9. November 2026.

Versuchte, systematische Exklusion (Gruppen)/Auswahl

Strukturell, materiell und symbolisch betroffen sind vor allem afroamerikanische, Latinos, indigene und japanisch-stämmige Gemeinschaften, deren Geschichte aus öffentlichen Räumen verdrängt wird, sowie Eingewanderte unterschiedlicher juristischer Zuordnung (Asylsuchende, legale und illegale Migranten im Einbürgerungsverfahren).

Wirtschaftlich zeigt sich aus der versuchten Exklusion ein bemerkenswerter Befund. Die Regierung argumentiert, Abschiebungen würden Löhne erhöhen und Jobs für US-Geborene schaffen. Eine NBER-Studie findet jedoch Jobverluste auch bei US-geborenen Arbeitskräften, bei weitgehend unveränderten Löhnen. Im Bausektor sank die Beschäftigungsquote US-Geborener laut der Studie um 3%.[14] Betroffen sind auch Bau, Landwirtschaft und Gastgewerbe, durch wegfallende Arbeitskräfte. Hotelketten wie Marriott und Hilton sowie die National Restaurant Association melden Arbeitskräftemangel.

Frauen, LGBTQ+ Amerikaner und Menschen mit Behinderung fallen nicht zwangsläufig unter die politische Instrumentalisierung der amerikanischen Geschichte, wohl aber sollen sie sich einordnen (unterordnen) in die Überhöhung der Erzählung der weiß-männlich dominierten, mythischen Gesellschaftsstruktur, zu der die MAGA-Bewegung „zurück," möchte, in der ein traditionelles Familien- und Rollenbild dominiert und alle „anderen," die zur eigenen Rechtssicherung den Schutz der Justiz brauchen würden, ausgeklammert werden, und dadurch der Willkür der Staatsgewalt anheimfallen könnten, wenn diese Rechtssicherheit nicht unabhängig der Regierungsmacht eingefordert werden kann. Der Zugang zu diesen Rechten, wird als Teil des Exekutiven Umbaus, z.B. auch im Bildungsministerium, das z.T. für die Förderung von Sonderschulen zuständig ist, in der Praxis erschwert. Zu letzterem passen die separaten Ambitionen, auch mit der Nationalgarde gegen Obdachlose und geistig Behinderte vorzugehen. All diese Gruppen eint, dass in der vom Staat finanzierten Forschung zuerst die Forschungsgelder wegfielen, die gerade spezifische Krankheitsbilder oder spezielle Sozialforschung adressierten.[15] Dadurch bleibt die Forschungs- und die Meinungsfreiheit angezählt.

„Nicht-Weiße"-Minderheiten:

- EO 14151 schafft DEI/Inklusionsbeauftragte ab und setzt gleichzeitig für alle von der Exekutive abhängigen Institutionen rechtliche Möglichkeiten des Einspruchs aus; das Justizministerium setzt Bürgerrechtsklagen aus
- **Eliminierung der DIE-Vorschriften im gesamten Staatsdienst** vor allem aber im Pentagon mit direkten Konsequenzen, die ideologisch mit „Schwäche," und „Wokeness" begründet werden; Entlassungswelle von Minderheiten aus hochrangigen militärischen Positionen und Beförderungsstopp für Minderheiten und Frauen.[16]
- **Erweiterung der Deportationspolitik und des Lagergefängnisausbaus**; Ermöglichung (SCOTUS Entscheidung September 2025) der Nutzung ethnischer Marker bei

[14] Cox, Elizabeth und Chloe N. East (2026). "Labor Market Impacts of ICE Activity in Trump 2.0," National Bureau of Economic Research (NBER), April 2026. DOI 10.3386/w35129

[15] Gallego-Mackie, Kyle und Taylor Haney, Leila Fadel, Arezou Rezvani (2025). "How Trump's focus on free speech is impacting scientific research," NPR, 15. April 2025.

[16] Bowman, Tom (2026). "Hegseth stopped promotions of Black and female soldiers," National Public Radio, 26. März 2026.

ICE-Einsätzen; juristisches Vorgehen auf unterschiedlichen Ebenen; 58 Tote in Lagergefängnissen seit Beginn dieser Amtszeit.

- **Faktische Aussetzung von *habeas corpus*** besonders in Fällen der Rechtsprüfung bei legalen Migranten
- **Zwangsauflagen für Museen mit staatlicher Förderung** („ideologisch Befangen"), die ihre Exponate zu Migration, Minderheiten, Sklaverei ändern müssen; Multiple Rechtsstreitigkeiten um den Nationalen Parkdienst zu Exponaten mit gleichen Inhalten
- **Schwächung indigener Rechte** – Landkontrollrechte/Energiepolitik; faktische Abschaffung politischer Formate (White House Tribal Nations Conferences); Einschränkungen bei der sozialen und gesundheitlichen Vorsorge in Reservaten

Frauen

- **Verlust von Rechtszugängen** durch den Wegfall von DEI-juristisch begründeter Strukturen zur Meldung von sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz oder gender-basierte Diskriminierung in Arbeitsverhältnissen.
- **Behörden/Rückgang staatlicher Angestelltenverhältnisse für Afro-Amerikanische Frauen:** um 30% (Institute for Women's Policy Research); 11,6% für alle Frauen. Eine MIT Studie kommt zu ähnlichen Zahlen bei der Bezifferung der Auswirkungen von DOGE-Kürzungen auf Afro-Amerikanische, weibliche Beamtenzahlen.
- **Rechtsbeschränkung ICE/Migrantische Frauen**: Trennung von Müttern und Säuglingen; Fehlgeburten in Haft (Women's Refugee Commission verweist auf 16 dokumentierte Fehlgeburten); [17]Nicht-rechtmäßige Inhaftierung schwangerer Frauen
- **Forschungs-/Daten-Abbau:** Über 3.000 nationale Forschungsvorhaben mit „gender" Fokus wurden aus nationalen Forschungsvorhaben gestrichen, darunter auf Forschung zur Krebsdiagnostik bei Frauen.
- **Verdrängung von Frauengeschichte:** Nach dem Dekret gegen Diversitätsprogramme löschte das Verteidigungsministerium Tausende Seiten, die Beiträge von Frauen und Minderheiten würdigten. Die Navy entfernte etwa eine Seite über Frauen im Marinedienst (später einige davon wieder hergestellt).
- **Bau-Verschleppung Frauengeschichtsmuseums:** Das Smithsonian American Women's History Museum war 2020 mit überparteilicher Unterstützung beschlossen worden. Republikaner im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses fügten dem Standortgesetz jedoch einen Zusatz hinzu, nach dem das Museum nur „biologische Frauen" darstellen darf. Zugleich soll Trump allein über den Standort entscheiden können.

LGBTQ+:

- **Wegfall von Schutzstandards**: Laut einer Eingabe des Williams Institute (UCLA) an den UN-Menschenrechtsrat vom April 2026 wurden LGBT-spezifische Vorgaben zu Unterbringung, Sicherheit und medizinischer Versorgung aus den ICE-Haftstandards gestrichen. Trans Personen werden nun nach ihrem Geburtsgeschlecht untergebracht, was das Risiko sexueller Übergriffe erhöht.18 Außerdem LGBTQ+Individuen im

[17] Women's Refugee Commission (2026). "Murray Blasts Inadequate DHS Response to Oversight Letter on Pregnant Women in ICE Detention," 18. März 2026. | Women's Refugee Commission
[18] Sprague, Laurel, et.al (2026). "Submission to the UN Universal Periodic Review of the United States of America 53rd Session of the UPR Working Group," UCLA School of Law/Williams Institute, April 2026.

Staatsdienst und unter staatlicher Kontrolle verlieren Dienstrechte oder Behandlungszugänge (ICE-Gefängnissen; Militärdienst und Veteranenversorgung; Jugendgesundheit), und dadurch individuelle Freiheit.

- **Statistische „Löschung“:** ICE erfasst die Geschlechtsidentität von Inhaftierten nicht mehr, obwohl der Kongress dies 2021 vorgeschrieben hatte. Dadurch fehlen trans Inhaftierte in offiziellen Statistiken, was Kontrolle und Aufsicht erschwert. Bundesweit haben bis Ende Januar 2026 mindestens 360 staatliche Datenerhebungen Fragen zu sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität gestrichen, darunter auch Fragen zu Hassverbrechen. Wer nicht gezählt wird, kann Ausgrenzung kaum nachweisen.
- **Abschiebung in Länder, die Homosexualität bestrafen.** Asylsuchende, auch solche mit gerichtlichem Abschiebeschutz, werden als Teil der vom Oberste Gerichtshof tolerierten Drittstaaten-Abschiebung in Länder mit Gesetzen gegen LGBT-Personen gebracht.
- **Ausweisdokumente:** Nach einer Entscheidung des Supreme Court vom November 2025 stellt das Außenministerium Pässe nur noch mit dem Geburtsgeschlecht aus.
- **Abgeschnittener Zugang zu Asyl und Aufnahme.** Die USA blockieren die Einreise aus 39 Ländern. 27 davon kriminalisieren LGBT-Personen, vier mit Todesstrafe. Die Aufnahmequote für Flüchtlinge wurde für 2026 von 125.000 auf 7.500 gesenkt, mit Vorrang für weiße Südafrikaner (Afrikaaner) statt für nachweislich verfolgte Gruppen wie LGBT-Personen.
- **Eingriffe in die Erinnerungskultur.** Der National Park Service entfernte trans Personen von der Website des Stonewall National Monument, änderte „LGBTQ+“ zu „LGB“ und tilgte damit die trans Frauen, die den Aufstand mit anführten. Hier zeigt sich die Geschichtsumdeutung direkt an einem nationalen Gedenkort

- **<u>Menschen mit Behinderung</u>:**
  - **Löschung von Inhalten und Daten.** Die Anti-DEI-Dekrete richteten sich ausdrücklich auch gegen „Accessibility“, also Barrierefreiheit. Laut der American Association of People with Disabilities entfernte das Office of Disability Employment Policy des Arbeitsministeriums etwa Materialien zu KI und inklusiver Einstellung sowie zur wirtschaftlichen Lage von Menschen mit Behinderungen of Color. Trotz gerichtlicher Anordnung wurden diese nicht wieder hergestellt.
  - **Umdeutung des Olmstead-Urteils.** 1999 entschied der Supreme Court, dass die Absonderung von Menschen mit Behinderungen, die mit Unterstützung in der Gemeinschaft leben könnten, eine Form der Diskriminierung ist. Ein Memo des Office of Legal Counsel im Justizministerium vom Juni 2026 argumentiert jedoch, dass weder der *Americans with Disabilities Act* noch Section 504 die Bundesstaaten verpflichten, Leistungen im möglichst inklusiven Umfeld zu erbringen. Das Ministerium räumt selbst ein, dass seine Auslegung von der gängigen Lesart abweicht. Das Memo ändert nicht das Gesetz, zeigt aber, wie Bundesbehörden Bürgerrechte künftig auslegen und durchsetzen könnten. Es könnte Bundesstaaten und Schulbezirke ermutigen, inklusive Unterstützung zu verweigern.
  - **Verlagerung der Sonderpädagogik.** Das Bildungsministerium kündigte an, die Aufsicht über die Sonderpädagogik an das Gesundheitsministerium unter Kennedy abzugeben. Kennedy wiederum will den Autismus durch eine Veränderung der Impfpolitik eindämmen, für deren kausale Verbindung kaum belastbare Belege aus jahrzehntelanger Forschung gibt. In Aussagen spricht der Gesundheitsminister gerade autistischen Kindern die Befähigung zum „guten Leben,“ ab. BehindertenaktivistInnen erinnert das an die dunkle Geschichte der „ugly laws,“ unter deren Auflagen behinderte

Menschen von öffentlichen Plätzen, etc. exkludiert worden und damit an eine stark diskriminierende Phase der amerikanischen Geschichte. [19]

- **Zwangsunterbringung.** Ein Dekret zur Obdachlosigkeit befürwortet gerichtlich angeordnete Zwangsbehandlung und weist das Gesundheitsministerium an, Hürden für die Einweisung psychisch kranker Menschen abzubauen. Das Justizministerium senkte daraufhin in Leitlinien die Schwelle für die Institutionalisierung von Menschen mit Behinderungen generell.

Profiteure der Neuauslegung:

Neben den ideologischen Vordenkern der Bewegung profitieren von der Umsetzung vor allem die „enabler" – die Unternehmen, die die Abschiebepolitik ermöglichen, die für die beschleunigte Umsetzung dieser ideologischen Visionen Geld sammeln und diese dann für andere Teilaspekte der erweiterten MAGA-Agenda nutzen, und solche, die über die verstärkte Exekutive-Kontrolle von der erweiterten Überwachungskapazität durch die beschleunigte Digitalisierung und Vernetzung profitieren können, weil sie von Datenmanipulation profitieren.

Wirtschaftliche Profiteure der Abschiebepolitik und Konsolidierung der Exekutive:

- **Private Gefängnisbetreiber.** GEO Group steigerte seine Erlöse 2026 bisher um 14 % auf 2.2 Milliarden Dollar. CoreCivic legte um 27 % auf über 2 Milliarden Dollar zu, nach eigener Aussage wegen steigender Häftlingszahlen und vier neu eröffneter Haftzentren. Auch der Kongress trägt zur Bereicherung dieses Konzerns durch die Zustimmung zu mittelfristiger ICE Finanzierung bei: Die Vorstandschefin von CoreCivic sagte Investoren, der Kongress habe die ICE-Finanzierung bereits bis 2029 festgelegt.
  - CoreCivic steht im Verdacht mit dem Heimatsschutzministerium Wert(ab)schöpfung auf Steuerzahlerkosten zu betreiben. Ein CoreCivic Gefängnis in Minnesota stand zum Verkauf; die Firma bot es dem Bundesstaat für $75 Millionen an; Staat lehnte ab – aber das Heimatsschutzministerium kaufte es mit Steuergeldern für $495 Million.
    - **Korruption/Ideologische Rückkopplung durch Parteispenden:** Eine GEO-Tochter spendete 4,4 Millionen Dollar an MAGA Inc., ein Super PAC zur Unterstützung von Präsident Trump, und weitere 1,3 Millionen an den Congressional Leadership Fund. Laut Campaign Legal Center spenden Unternehmen teils über Tochterfirmen, die selbst keine Bundesaufträge haben, um das Spendenverbot für Regierungsauftragnehmer zu umgehen. Zu den Empfängern gehören Abgeordnete in Ausschüssen, die über DHS-Budgets entscheiden[20].
- **Überwachungstechnologie.** Palantir erhielt im April 2025 rund 30 Millionen Dollar für „ImmigrationOS", ein System, das Identifizierung, Priorisierung, Festnahme und Abschiebung effizienter machen soll. Im Januar 2026 folgte ein Exklusivvertrag. ICE nutzt außerdem Produkte von Penlink und Clearview AI.
- **Abschiebeflüge.** Hauptauftragnehmer ist CSI Aviation, das jährlich Hunderte Millionen Dollar aus dem DHS-Vertrag erhält. Die Chartergesellschaft GlobalX führt laut der Beobachtergruppe Witness at the Border etwa 70 % der Flüge durch. CSI-Gründer Allen Weh war früher

[19] Hawthorne, Ainsley (2024). „Illegal to be 'ugly'? The history behind one of America's cruelest laws," National Geographic, 9. August 2024

[20] Terpsra, Patrick (2026). „Major ICE contractors shower Republican candidates with campaign cash," Scripps Investigation, Scripps News, 15. Oktober 2026.

Vorsitzender der Republikaner in New Mexico. Avelo Airlines sollten Sie nur noch als historisches Beispiel nennen, denn die Airline hat sich im Januar 2026 aus den ICE-Abschiebeflügen zurückgezogen.

- **Elektronische Fußfesseln und Alternativen zur Haft:** BI Incorporated, eine GEO-Tochter, betreibt das ICE-Programm ISAP, die engmaschige Verfolgung von Migranten im legalen Einwanderungsprozess.
- **Grenzsicherung und Rüstung:** Firmen wie Anduril (Überwachungstürme) sowie Bauunternehmen für die Grenzmauer.
- **Lokale Gebietskörperschaften:** Counties und Sheriffs, die über 287(g)-Abkommen oder Unterbringungsverträge pro Häftling bezahlt werden.
- **Drittstaaten:** Länder wie El Salvador, die gegen Bezahlung Abgeschobene aufnehmen.
- **Ideologische Infrastruktur:** Think Tanks wie die Heritage Foundation (Project 2025), das Claremont Institute oder das Center for Immigration Studies, die die Erzählung intellektuell vorbereiten.
- **Medien und Plattformen:** Akteure, die Polarisierung über Reichweite monetarisieren.

Gegenstrategien

- **Direkter Widerstand:** Starker, lokal-organisierter Widerstand stemmte sich gegen den Versuch, die Errungenschaften und die Geschichte afro-amerikanischer und indigener Amerikaner in Nationalparks und Monumenten abzuschaffen und im Süden Confederacy-Statuen wieder zu errichten. Gedenktafeln wurden nachgebaut, Protest als Feier der eigenen Geschichte inszeniert und Öffentlichkeit generiert. Das bekannteste Beispiel ist das Projekt „Save Our Signs".[21]

  Bibliothekarinnen, Datenexperten und Historikerinnen veröffentlichten als Reaktion auf das Dekret 14253 ein digitales Archiv mit über 10.000 Fotos von Schildern in Nationalparks. Das Archiv hat bereits einen Beleg geliefert: Nach einem Jahr wissen die Initiatorinnen, dass mindestens 88 Schilder an 35 Standorten entfernt oder verändert wurden. Ein Schwesterprojekt, „Citizen Historians for the Smithsonian", verfolgt denselben Ansatz für die Museen.

  Die Lehre daraus: Wer Veränderungen nachweisen kann, kann sie auch politisch und juristisch angreifen. Das gleiche Dokumentationsprinzip greift bei der Sicherung von Forschungsdaten mit Frauen- und Genderbezug, bei denen Forschungskonsortien Daten kopierten, austauschten und sicherten. Ebenso bei der Weiterführung der Entwicklungshilfe: Ehemalige Beamte positionieren ihre Kenntnisse als „Matchmaker," und binden private Spenden an die weitere Umsetzung nötigster Entwicklungsprojekte.[22]

- **Öffentliche Meinung sichtbar machen/Protest professionalisieren.** Die Regierung hat selbst Daten geliefert, die gegen sie sprechen. Die eigenen Daten des National Park Service zeigen überwältigende Ablehnung der Entfernung historischer Inhalte. Auf den Aufruf, anstößiges Material zu melden, erhielt die Behörde überwiegend Kritik an der Regierung und Lob für die Parks. Dieses Argument wirkt auch über Parteigrenzen hinweg. In Nationalen Aktionstagen verbindet sich die Anti-ICE und Anti-Abschiebegefängnisbewegung regelmäßig und koordiniert Proteste inner-

[21] „Save Our Signs," umn.edu/saveoursigns
[22] Daniel, Ari (2025). "A matchmaking service with a twist: Connecting big givers to programs cut by USAID," NPR, 13. Mai 2025

halb und außerhalb existenter Gefängnisstrukturen. Inzwischen gibt es ganze „organizing Blaupausen," um über lokale Gesetzgebung und Liegenschaftsrechte gegen die Absichten des Heimatschutzministeriums auf lokaler Ebene vorzugehen.[23] Auch in Referendumsfragen in Bundesstaaten während der Midterms wurde von Wählern besonders die Zusammenarbeit von lokalen Polizisten mit ICE abgestraft: Diese Vorschläge waren nicht mehrheitsfähig.

Demokratische Mittel:

- **Rechtsweg:** Sowohl die New York Times wie auch die Just Security zählen und katalogisieren laufende Gerichtsverfahren gegen die unrechtmäßige Nutzung Exekutiver-Privilegien und kommen auf über 900 laufende oder bereits abgeschlossene Verfahren.

- **Parlamentarische Kontrolle**. Mit den neuen Mehrheiten im Kongress ändern sich die Möglichkeiten deutlich. Der designierte Vorsitzende des Heimatschutzausschusses, Bennie Thompson, forderte das Ministerium bereits auf, alle Unterlagen, E-Mails und Verträge aufzubewahren. Besonders die Mehrausgaben für Gefängnisse und für Landstriche auf denen Gefängnisse gebaut werden sollen fallen unter die Aufgaben des Ausschusses und deren Ansinnen, Korruption zu bekämpfen. Der Kongress kontrolliert zudem den Haushalt der Smithsonian Institution und des National Park Service. Bei der Finanzierung von ICE werden die Demokraten jedoch strukturelle Schwierigkeiten bekommen: Diese Gelder sind für zwei Jahre festgelegt und Demokraten haben bei dieser Entscheidung mitgestimmt.

- **Ausreizen der Informationsfreiheitsanfragen.** Organisationen wie Citizens for Responsibility and Ethics in Washington (CREW) nutzen systematisch FOIA-Anfragen zum Dekret 14253. Eine dieser Anfragen an das Innenministerium verweist auf das anhaltende öffentliche Interesse an den Maßnahmen der Regierung. Solche Anfragen liefern das Material für spätere Klagen und Anhörungen.

- **Bundesstaaten: Möglichkeiten und Grenzen.** Die Berufungsgerichte sind sich einig, dass Bundesstaaten private Haftzentren nicht vollständig verbieten können. Die Verbote in Kalifornien und New Jersey wurden gekippt. Wirksamer sind Verbote für die eigenen Behörden: Kalifornien untersagte 2017 Kommunen und Polizeibehörden, neue Haftverträge mit dem Bund oder privaten Firmen abzuschließen. Die Wahl von neuen Sherriffs im ganzen Land hat bereits lokale Polizei von der Zusammenarbeit mit ICE und der Nutzung von Palantir/ICE Technologie Abstand nehmen lassen.

Eindämmung der wirtschaftlichen Bereicherung/Korruptionsprävention

- **Finanzierung entziehen.** Private Gefängnisbetreiber sind stark auf Fremdkapital angewiesen. Weil CoreCivic und GEO als Immobiliengesellschaften strukturiert sind, um Steuervorteile zu nutzen, benötigen sie ständig neues Kapital. Auch auf internationales Kapital kann hier zur Umkehr bewegt werden (s.u.).
- Kampagnen haben hier bereits Wirkung gezeigt: Nach einer Analyse drohte den beiden Firmen der Verlust von 72 Prozent ihrer privaten Finanzierung, etwa 1,9 Milliarden Dollar, nachdem große Banken unter dem Druck von Aktivisten den Ausstieg zusagten. Auch der

[23] Bryant, Erica (2026**).** "A Blueprint for Resistance: How Residents and Local Governments Are Shutting Down ICE Detention in Warehouses," Vera Institute for Justice, März 2026.

größte US-Rentenfonds CalPERS trennte sich von beiden Unternehmen. Ausnahmen existieren weiter: Citizens Bank beendete ihre Kreditlinien zwar nach einer Kampagne, bezeichnete den Schritt aber als Geschäfts- und nicht als ideologische Entscheidung wegen geringeren Finanzierungsbedarfs. Zudem sinkt der Hebel, wenn der Staat die Haftzentren selbst kauft, wie bei dem fast eine Milliarde Dollar schweren Verkauf eines GEO-Zentrums in Adelanto an ICE, das GEO weiter betreibt.

- **Schlupflöcher bei Parteispenden schließen.** Laut Campaign Legal Center spenden Unternehmen über Tochterfirmen, die selbst keine Bundesaufträge haben, um das Spendenverbot für Regierungsauftragnehmer zu umgehen. Eine Gesetzesänderung, die konzernweite Spendenverbote für Auftragnehmer vorsieht, würde die Rückkopplung zwischen Gewinnen und politischer Unterstützung direkt unterbrechen.
- **Vertragsbedingungen und Standards.** Gelockerte Haftstandards sind ein direkter wirtschaftlicher Vorteil für die Betreiber. Eine frühere ICE-Direktorin nannte die neue Regelung zur Vergütung von Häftlingsarbeit einen „Gefallen" für die gewinnorientierten Auftragnehmer. Wer verbindliche Standards in Verträgen oder per Gesetz festschreibt, verringert die Gewinnmargen und damit den Anreiz zur Ausweitung.

Die Verbindung sichtbar machen

Die stärkste Strategie besteht darin, die Kette als Ganzes darzustellen, statt einzelne Glieder isoliert zu bekämpfen – und dafür auch mediale Aufmerksamkeit und Kampagnenstrukturen zu nutzen. Drei Ansätze bieten sich an.

- **Kosten für die Mehrheit belegen.** Die These, dass Abschiebungen der einheimischen Bevölkerung nützen, ist empirisch (noch) angreifbar, weil die Datendichte pro Sektor gemischt ist. Neue Daten aus der Landwirtschaft sich in diesem Punkt verhärten und in der Erntesaison noch deutlicher werden. Wenn aber sichtbar wird, dass wenige profitieren und viele zahlen, verliert das exkludierende Narrativ an Überzeugungskraft. Noch verhandeln gerade die Tech-Unternehmen über einzelne Visumsstrukturen nach, wenn Stephen Miller den Ansatz Regierungsseitig verstärkt könnte es hier auch zu einem Einlenken kommen. Nach den Midterms ist auch der Präsident ob der Härte von ICE geläutert.
- **Breite Bündnisse über politische Lager hinweg.** Die Gegenwehr kommt nicht nur von links. Staatliche Überwachung, Eingriff in Persönlichkeitsrechte und die damit verbundenen Rechenzentren führten zu 41 Referendumsabstimmungen im ganzen Land: 40 sind durchgefallen. MAGA Anhänger wollen, so scheint es auch in konservativen Staaten, weder ICE-Gefängnisse in der direkten Nachbarschaft, noch Palantir-Verträge, noch Flock-Überwachungskameras, weil sie bei sich die Übergriffigkeit des Staates nicht tolerieren. Bürgerliche Freiheiten, Datenschutz und Haushaltsdisziplin sind Themen, die konservative Partner gewinnen können.
- **Betroffene Gruppen verbinden.** Organizing an der Basis ist apolitisch. Das hat der Ausbau der MAGA Bewegung unter Nutzung der Motivationsstrukturen der Bürgerrechtsbewegung genauso gezeigt, wie der übergreifende Widerstand gegen staatliche und technologische Übergriffigkeit. In der Selbstorganisation um Ideen und Prinzipien herum bleiben Amerikaner den Gedanken ihrer Gründungsväter treu, die weder starke politische Parteien, noch Polarisierung wollten, sondern „ewige Wachsamkeit," für die Widerstandsfähigkeit der Freiheit.

Lehren für Deutschland/Europa:

1. **Geschichte lässt sich nicht negieren, wenn sie gelebt, erlernt und dialogisch vermittelt wird:** Das gelingt durch den Schutz öffentlich-rechtlicher Medien, öffentlicher Schulen und die damit verbundene Schulpflicht und mit unabhängigen Institutionen der politischen Bildung, wie der Bundes- und Landeszentralen, die historisch-gesellschaftlich-politische Informationen für alle Bevölkerungsgruppen darstellen und den Zugang lokal ermöglichen. Bürger für die demokratische Debatte auszurüsten, von der eine Demokratie lebt, damit im Falle eines Angriffs auf den Rechtsstaat die Durchsetzung von Artikel 20 GG, Abs. 4 in der Praxis funktionieren kann. Diese mentale Vorbereitung beginnt im Erhalt der politischen Bildung und des historischen Wissens. Hier spielt auch die Kontrolle von Medieneignerschaft, bzw. der Erhalt der öffentlich-rechtlichen Medien und deren Zugang eine Rolle.
2. **(Nur) Normativ-geschützte Institutionen und Prozesse identifizieren und frühzeitig absichern:** Szenarien wie das Thüringen-Projekt und die Arbeit des Verfassungsblogs haben bereits vor Jahren aufgezeigt, welche Folgen ein Verlass auf strikt normativ-praktizierte Prozesse haben könnte. Die Trump 2.0 Regierung macht das überdeutlich, weil sie die Infragestellung von Normen mit der Absicht der Wirkungsverzerrung perfektioniert hat. Die Antwort auf solche Bedrohungen ist zum Beispiel die Verabschiedung der Parlamentsreform in Sachsen-Anhalt, die rechtstaatliche Regression verlangsamen kann. Die Absicherung der Wirksamkeit und Unabhängigkeit der Justiz muss auch, nach der legislativen Absicherung des Bundesverfassungsgerichts und einiger Landesverfassungsgerichte, in allen 16 Bundesländern demokratisch erwirkt werden.
3. **Parteispendengesetz vertiefen; ausländische Gelder rigoros nachverfolgen:** Der „zivilisationelle Umbau," ist ein „Schulterschluss" Projekt der organisierten radikalen Rechten. Allein für Einflussnahme auf europäische Medien bietet das U.S. State Department derzeit ein Vergabeverfahren mit einem vollen Umfang von über $4 Millionen an. Wer diese Ausschreibungen „gewinnt," muss auf europäischer Ebene bekannt werden und die Nutzung dieser Gelder muss ein Rechtsstaat reglementieren.
4. **Beteiligung europäischer Firmen an der ethno-nationalen Ausgestaltung der Deportationspolitik und damit am amerikanischen Revisionismus zur Rechenschaft ziehen:** Laut Recherchen der Schweizer Gruppe BreakFree hält die Schweizerische Nationalbank insgesamt 1,8 Milliarden Dollar in Palantir, GEO, AT&T und CACI[24]. UBS hält Anteile an Palantir, CoreCivic und GEO, der niederländische Pensionsfonds ABP 825 Millionen Dollar in Palantir. Der Stadtrat von Minneapolis forderte europäische Investoren wie UBS, die Nationalbank, Amundi und ABP per Resolution zum Ausstieg auf. Es wäre lohnend zu prüfen, ob deutsche Versorgungswerke, Pensionskassen oder Landesbanken ähnliche Beteiligungen halten. Das europäische Lieferkettenrecht und die Sorgfaltspflichten in der Nachhaltigkeitsberichterstattung könnten hier Ansatzpunkte bieten.
5. **Alternative, europäische Anbieter für Polizeiarbeit und Krisenfrüherkennung nutzen:** Palantir ist in drei Bundesländern aktiv im Einsatz oder im Roll-Out. Die Bundeswehr schließt explizit die Zusammenarbeit aus; der Bundestag könnte hier im Austausch mit der Länderebene in der Begründung nationaler Sicherheitsvolatilitäten entsprechende Prüfungen einfordern. [25]

[24] BankTrack: "Updated BreakFree research: The Swiss Investors into the ICE System," Mai 2026.
[25] Clüver Ashbrook, Cathryn (2026). „Was die Bundeswehr im Umgang mit Palantir richtig macht," Handelsblatt, 26. Mai 2026.

2. Der systematische Angriff auf die Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte in den USA wird unterstützt und finanziert durch ein Zusammenspiel insbesondere von MAGA-Bewegung, Evangelikalen und Big Tech. Welche Ziele werden verfolgt und welcher Instrumente bedient sich dieses Bündnis? Wie können sich Deutschland und Europa strukturell gegen gezielte finanzielle Einflussnahme schützen, die unsere Demokratien destabilisieren wollen?

(Diese Analyse speist sich komplett aus der Recherche für mein Buch, „Der Amerikanische Weckruf," das hierfür, wenn nicht explizit ausgewiesen, der Quellentext ist).

Die Unterstützerkoalition der MAGA-Bewegung verfolgt in ihren Einzelteilen unterschiedliche Ambitionen. In Summe geht es aber um finanzielle und strukturelle Kontrolle über Donald Trump, und darum durch ihn den Staat für die Durschsetzung ihrer unterschiedlichen Ambitionen zu instrumentalisieren. Eine neue From von „state capture." Trump, so beweist die Umsetzung politischer Interessen dieser Gruppen, ermöglicht das und bereichtert sich und seine Familie im Zuge dieses Wechselspiels.

Während die Evangelikalen und die Think Tanks als Bündler, Sammler und Redistributoren agieren, entwickeln die Tech-Visionäre neue Dystopien über die Zukunft der Menschheit und die Tech-Oligarchen kontrollieren durch Medien-, Daten, Informationsregelung und finanzielle Umverteilung für den Einfluss und die Kontrolle der Bevölkerung zu sorgen. Diese Arbeitsteilung, so haben es die Midterms eindeutig bewiesen, kann jedoch weiterhin von einer gut organisierten und motivierten Bevölkerung zurückgedrängt werden.

Evangelikale: Finanzielle und ideologische Bündler

Die Evangelikalen sehen in Donald Trump einen ideologischen Heilsbringer, nicht etwa, weil er selbst ein so gläubiger Christ wäre, sondern weil er in der ersten Amtszeit gleich drei ihrer Kernziele hat verwirklichen können, die kein republikanischer Präsident vor ihm hat umsetzen können. In der ersten Amtszeit besetzt der Präsident den Obersten Gerichtshof mit einer auf Lebzeit konservativen Mehrheit (1), die dann in Folge das landesweite Individualrecht der Frau über den eigenen Körper zu verfügen kippt. Seit über vierzig Jahren arbeiten Evangelikale Organisationen strukturell und finanziell darauf hin. So wird die Kriminalisierung der Abtreibung in konservativen Bundesstaaten erst ermöglicht. Seit Durchsetzung des Verbots in manchen Bundesstaaten ist das Risiko der Sterblichkeit für Frauen in der Schwangerschaft, Geburt oder kurz danach doppelt so hoch. Letztlich verwirklicht Trump für die Evangelikalen die Vision das öffentliche Schulsystem zu entwerten, in dem die Evangelikalen den Hort links-progressiver Indoktrination sehen (3).

Trump ermöglicht in der ersten Amtszeit nicht nur den Ausbau der „voucherization," die Verteilung von „Bildungsgutscheinen," auf dessen Basis Eltern sich (auch) für private-religiöse Schulen entscheiden können oder sie ganz aus den Schulen herauszuholen, um über das stetig wachsende Homeschooling Kinder vor allem aus der Integration unterschiedlicher Gruppen „zu befreien." Gerade im Angriff auf die öffentliche Schule geht es um das Nachwachsen der amerikanischen Demokratie: Um Toleranz, Diskurs und Konsens.

Die Dankbarkeit für das Erreichte sichert Donald Trump die Kernwählerschaft der Evangelikalen. Außerdem agieren evangelikale Großfamilien und Organisationen als finanzielle „Bündler" der MAGA

Bewegung: Ziehen Ideen, Glauben und Geld und Spenden an und verteilen sie dann um, durch die Beteiligung an der Finanzstruktur, beispielsweise der Heritage Foundation, breitenwirksam. So finanziert sich die Expansion der Jugendaktivitäten zur Erweiterung der rechtskonservativen-Bewegung von Charlie Kirk, Turning Point USA quer. Die ideologischen Geldgeber Die Familie Falwell, Groß-Evangelikale, wie sie es außerhalb der USA wohl kein zweites Mal gibt. Die Kombination gerade der Falwells und Charlie Kirk waren daher für Mobilisierung des „Project 2025," so entscheidend. Ähnlich wie mit Elon Musk hat Donald Trump Falwell Junior in der ersten Amtszeit einen Kabinettsitz, das Bildungsministerium angeboten: Sowohl der Trump Familie, wie auch den Unterstützern geht es um zusätzlichen Machtaufwuchs und der Umsetzung ideologischer Pläne über die Figur und die Macht Trumps, die sich durch die Veränderungen in der Exekutive gerade im Bildungsbereich noch verstärkt hat. Falwell bündelt mit anderen individuellen Großspendern durch Institutionen wie die Heritage Foundation und legt dort Gelder um.

Auch die Tech-Visionäre verfolgen eine ähnliche Strategie. Mit den Evangelikalen eint sie eine bestimmte Zukunftsvision, die eine vollständige Veränderung in der amerikanischen Gesellschaft voraussetzt. Anders als die neuen Oligarchen, die über Nähe zu Donald Trump Einfluss auf Regulatorik, Marktstruktur und mit ihren Datengestützten Produkten Einfluss auf Medienkonsum und -Steuerung, aber auch über algorithmische Steuerung auf politische Meinungsbildung haben (der Ausfall der „No Kings," Plattform am ersten Tag der Protestbewegung wirkte auf den organisierten Widerstand suspekt) geht es den Tech-Visionären um die Verwirklichung eines neuen Menschen- und Gesellschaftsbilds, vergleichbarer mit den Evangelikalen, wenngleich in der Substanz unterschiedlich.

Tech-Visionäre: Vordenker jenseits des politischen Raums

Für den verschärften illiberalen Nihilismus, der geplanten Zerstörung aller sozialen Ordnung, gibt es noch eine spezielle Gruppe von Vordenkern: die Techno-»Visionäre«. Sie teilen mit den Demokratiefeinden der MAGA-Bewegung zwar die Auffassung, dass Medien und die »intellektuelle Elite« eine »dunkle Allianz« gebildet hätten, die »liquidiert« werden müsse, aber sie würden anders als MAGA gerne eine »schwer bewaffnete, ultra-profitable Firma« an der Spitze des Staats sehen. Die Zitate stammen von Curtis Yarvin, einem einflussreichen neoreaktionären Blogger, der schon 2008 die Idee der Cathedral propagierte, womit er einen Komplex aus Universitäten und Mainstream-Medien meint, der in den USA über die eigentliche Macht verfüge und der Gesellschaft eine liberale Ideologie eingeimpft habe. Hier ist die Deckung mit den Evangelikalen: Das „liberale," gehört strukturell mit allen Mitteln bekämpft.

Die Aufklärung, so Yarvin, habe die »noble Lüge« der Gleichheit verbreitet, die dann die Welt in die Dunkelheit stürzte. Er wiederum sieht sich als Vordenker der »dunklen Aufklärung«. Yarvin hat Peter Thiel, den Technologie-Multimilliardär, Mitbegründer unter anderem von PayPal und Palantir, erst politisiert und in die Riege der politischen Geldgeber ziehen können. Mit ihren leicht unterschiedlichen Visionen für ein technokratisch-monarchistisch gesteuertes Amerika inspirierten sich Yarvin, Thiel und Marc Andreessen — ebenfalls Technologie-Großinvestor — gegenseitig und fanden mit Hilfe von J. D. Vance (der einige Zeit für Thiel gearbeitet hat) und Trumps Söhnen wichtige Einflüsterer beim Präsidenten selbst. Thiel und Trump Jr. waren es, die J. D. Vance bei Trump Senior in Stellung brachten.

Thiel und Yarvin eint ein Interesse an der Theorie des *great replacement*: Bei Yarvin dient sie als intellektuelle Erklärung für die langanhaltende politische und wirtschaftliche Stärke der progressiven

Seite, die sich nur durch die demografische Veränderung begründen ließe. Thiel sorgt sich um Migration und »Invasion«, weil sie die »natürliche Hierarchie des Kapitalismus« stören würden — im Südafrika unter der Apartheid, wo er aufwuchs, war die soziale und vor allem die Hierarchie der Hautfarben seiner Meinung nach mit inhärenten Fähigkeiten verbunden, im Kapitalismus zu bestehen.

Kurzum: Bestimmte Menschenklassen seien dafür besser veranlagt als andere, große Migrationsströme störten ein mögliches Gleichgewicht.

Der Staat als Firma, das Land als Beute: So könnte man die Sichtweise der Techno-Oligarchen (unter ihnen auch Elon Musk und Teile der neuen Plattform-Milliardäre) stark verkürzen. Ihr Einfluss zeigt sich sowohl in der technologischen Ermächtigung des Staatsumbaus wie auch bei der völlig selbstverständlichen Hinnahme der Bereicherung des Präsidenten. Hier setzen besonders Yarvin und Thiel, die Chefideologen unter den Tech-Lenkern, auf eine zweite Revolution. Wenn die gefühlte Entrechtung durch die Deindustrialisierung der MAGA-Bewegung einmal Aufwind verschafft hat, dann könne die KI-Revolution dafür sorgen, dass sich eine neue Art des monarchischen Feudalismus durchsetzt, in dem der Einsatz einzelner Arbeitskräfte und einzelner Industrien auch über den Daten-Überwachungsstaat besser kontrolliert und optimiert werden kann. Die Anhänger der

Bewegung sollen weiter durch Wut und Furcht motiviert werden, um von den negativen Effekten des Umbaus und von dem Entzug der Persönlichkeitsrechte abgelenkt zu bleiben.

Neue Oligarchen: Die Multi-Mediale Ermöglichungsmaschinerie

Die »neuen Oligarchen« Besonders für den Krypto-Markt und für Medienunternehmen ist die zweite Trump-Präsidentschaft eine Zeit der Deregulierung und Kartellrechtsveränderungen, welche den finanziellen und politischen Einfluss verschiedener Firmen und verschiedener Individuen verdichtet haben. Das rapide wachsende Imperium von Larry und David Ellison, denen nun auch die bei Amerikas Jugend beliebte Plattform TikTok gehört, das beste Beispiel für das neue Oligarchentum unter Trump II. In rasender Geschwindigkeit konsolidieren sich nicht nur der Medienmarkt und große Teile des Datenmarkts, sondern werden diese auch ideologisch auf Linie gebracht — in einem Land, in dem die schon angesprochene deregulierte Medienlandschaft bereits so zu tiefen Veränderungen in Politik und Gesellschaft geführt hat.

Der Fusion des Ellison-Unternehmens Skydance mit Paramount Global stimmte die Medienaufsichtsbehörde FCC beispielsweise erst zu, nachdem zugesagt worden war, dass der zu Paramount gehörende Fernsehsender CBS, einer der ältesten der USA, sich einer Prüfung der Nachrichteninhalte unterziehen werde, um »faktische Neutralität« zu gewährleisten. Dem vorausgegangen war eine Klage von Donald Trump als Privatperson, dem ein Kameraschnitt bei einem Interview mit Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris missfallen war. Man einigte sich außergerichtlich auf eine Zahlung von CBS in der Höhe von 16 Millionen US-Dollar an die Trump-Präsidentschaftsbibliothek. Nach der Fusion benannte Ellison eine rechts-konservative Journalistin zur Chefredakteurin von CBS, und das ideologisch bedingte Stühlerücken und Entlassungen beim Traditionssender gingen los. Seit einem knappen Monat gehört der Ellison-Familie auch Warner Bros. Discovery dem auch CNN angehört.

Ziel hier ist die eigene Bereicherung, die gleichzeitige Medienkonsolidierung, die nur durch die Politisierung der Medienaufsicht möglich ist, und damit einhergehend die Erweiterung der Kontrolle dar-

über welche Botschaften die Amerikaner aufnehmen, und über die Verbindung ihrer Daten (Mediennutzung und Behördendaten über ORACLE-Systeme) auch ohne formellen Datenschutz und Zustimmung Kontrolle ausüben zu können.

Die Heritage Foundation und andere Teile des Netwerks steuern derweil nicht nur das Spendenkarussell in Washington oder im Land sondern auch die finanzielle Verbreitung in Europa. Die CPAC Konferenz und geschlossene strategische Kreise aus Mar-a-Lago leisten rechtspopulistische, strukturelle Wahlhilfe für europäische rechts-konservative und rechst-extreme Parteien.

Dieses Netzwerk streckt schon länger die Fühler nach Europa und in die Welt aus — auch im Sinne der Trump-Regierung, die sich in Europa neue rechts-christlich-konservative Verbündete suchen möchte. Die Online-Plattform OpenDemocracy hat nachgewiesen, dass christlich-rechte Gruppen aus den USA schon zwischen 2017 und 2020 mindestens 280 Millionen US-Dollar für Kampagnen gegen Frauen- und LGBTQ+-Rechte auf fünf Kontinenten ausgegeben hatten. Laut einem Bericht des Europäischen Parlamentarischen Forums (EPF) sind zwischen 2019 und 2023 insgesamt 1,8 Milliarden US-Dollar von 275 unterschiedlichen Organisationen nach Europa geflossen, die sich für die Verbreitung von ethno-nationalistisch geprägten, konservativ-christlichen Sichtweisen auf Bildung und Gesellschaft einsetzen. 18 Prozent dieser Gelder kamen aus Russland, neun Prozent aus den USA. Von den 30 Gruppen, die sich speziell mit evangelikalen Botschaften in den politischen Diskurs eingekauft haben, sticht besonders die Heritage Foundation heraus. Es geht um die Beeinflussung der Debatte, aber auch um die messbare Beschränkung von Menschen- und Minderheitsrechten.

Im Folgebericht aus dem Jahr 2023 hebt das EPF die Großspenden der Alliance Defending Freedom (ADF) hervor, primär eine christliche Anti-Abtreibungsgruppe, die Teil des Heritage-Netzwerks ist. Mittlerweile wird sie zunehmend in Europa aktiv, besonders in Großbritannien, wo sie Nigel Farage und seine rechtspopulistische Partei Reform UK unterstützt. In London unterhält ADF ein Büro mit zwölf Angestellten und schickt jährlich für aktive Lobbyarbeit etwa 1,35 Millionen US-Dollar in die britische Hauptstadt, der europäische Hauptsitz der Organisation liegt in Wien. Diese Gelder und diese Bewegungen arbeiten also mit Nachdruck daran, sich in Europa ihre Einflussschneisen aufzubauen.

Europa/Deutschland

Europas Instrumente gegen Einflussnahme wurden vor allem für verdeckte Operationen Russlands und Chinas gebaut („European Democracy Shield“). Die Einflussnahme aus den USA funktioniert anders, ist rhetorisch expliziter, direkter (siehe Vance und Rubio reden in München und Athen; siehe U.S. Nationale Sicherheitsstrategie). Der European Policy Centre beschreibt sie als „offene ideologische Kampagne eines langjährigen Verbündeten, dessen Regierung zunehmend wie ein ideologischer Gegner in Europas Innenpolitik auftritt und dafür öffentliche Gelder einsetzt“.

Das europäische Instrumentarium braucht daher Nachbesserung:

Genauere Diagnose - Die Lücke bei offener Einflussnahme durch Verbündete schließen.

- Die Drittstaaten-Richtlinie sollte im gesetzgebenden Trilog so gestaltet werden, dass staatliche Fördergelder aller Drittstaaten erfasst werden, auch die des US-Außenministeriums.

- **Finanzströme nachvollziehbar machen.** Register wirtschaftlich Berechtigter durchsetzen, Spendenumgehung über Vereine und Firmen in Deutschland schließen, ein Register für ausländische Einflussnahme schaffen. Größere Transparenz in der deutschen und europäischen Parteiengesetzgebung anstreben.

Plattformregeln konsequent durchsetzen.
Den DSA weiter anwenden, auch unter US-Druck, und die technologische Abhängigkeit verringern.

Demokratische Zivilgesellschaft verlässlich finanzieren.
Wenn öffentliche US-Gelder in illiberale Netzwerke fließen, verschärft der Rückzug staatlicher Förderung in Europa das Ungleichgewicht.

Auch hier: Kapital in die Pflicht nehmen. Wie in Ihrem früheren Abschnitt beschrieben, halten europäische Investoren wie die Schweizerische Nationalbank, UBS oder der niederländische Pensionsfonds ABP Anteile an US-Unternehmen der Abschiebeinfrastruktur. Sorgfaltspflichten für institutionelle Anleger sind ein unterschätzter Hebel.

Die Muster der finanziellen Bündlung und Umverteilung sind inzwischen in den USA verstanden, daher bietet sich auch und besonders im Zuge der Midterms ein verstärkter Austausch der parlamentarischen Ebene mit dem Kongress und dem Senat an, aber auch der Blick auf effiziente Taktiken der lokalen Ansprache, des Organizings und des politischen Widerstands jenseits des großen Geldes, da gerade diese Ebene, mit großer Parteidurchlässigkeit und kluger Kandidatenwahl für einen großen Teil des Wahlerfolgs maßgeblich war.